[illegible] gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert werden.

Mit dieser ganz offensichtlichen Drohung zur Unterdrückung der Gewerkschaften, in die übrigens auch die Unternehmerpresse einstimmt, bietet die Papenregierung den sozialfaschistischen Streikbruchpraktikanten unter anderem jenen „Grund", mit ihnen jenes Stichwort zu, auf das sich die Bürokratie nunmehr mit [illegible] Behagen berufen wird, wenn sie bei der Niederschlagung der sich entfaltenden Streiks aktive Hilfsstellung für die Unternehmer bezieht.

Zur Zeit steht zwar auch in der sozialdemokratischen Presse viel von den Streiks gegen Lohnabbau geschrieben. Unter dem Druck der stets wachsenden Kampfstimmung der Arbeiter und der schon von ihnen aufgenommenen Kampfaktionen gebärdet sich die Gewerkschaftsbürokratie radikal und redet sogar davon, daß man „aktiven Widerstand leisten" müsse. So hat es beispielsweise der Bezirkssekretär des ADGB Arndt, Dresden, vor Betriebsräten in Chemnitz, und so klingt es auch aus einer Resolution heraus, die auf einer am 22. 9. in Dresden stattgefundenen Konferenz der Bezirksleiter und Ortsgruppenführer der Freien Gewerkschaften angenommen wurde. Darin werden dicke Töne von „Kampfmaßnahmen in den Betrieben" geredet aber gleichzeitig wird die immer wiederkehrende Einschränkung gemacht, sich „mit allen gegebenen rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen" zu wollen.

Was darunter zu verstehen ist, hat der Reichsarbeitsminister der Gewerkschaftsbürokratie nunmehr ziemlich deutlich beigebracht und sie wird sich folgsam nach Schaeffers Weisung richten.

Darüber täuscht auch alles übrige radikale Gerede nicht hinweg, das lediglich als Ohrenschmaus für die Arbeiter und zum Zwecke ihrer Besänftigung verzapft wird. Mit welchem Dreh die ADGB-Strategen die Arbeiter in ihrem Elend hinzuhalten und von Kampfmaßnahmen abzuhalten gedenken, verriet der schon erwähnte ADGB-Bezirkssekretär Arndt in einer Rede vor Chemnitzer Betriebsräten mit folgendem Hinweis auf den sozialdemokratischen Volksentscheid:

„Für die Arbeiterschaft ist das Volksbegehren außerordentlich wichtig. Wenn auch der Lohnabbau vorläufig nicht überall zu verhindern sein wird und viel Zeit vergeht, ehe der Volksentscheid durchgeführt wird, so wird doch die Arbeiterschaft den Unternehmern zeigen, daß sie gewillt ist, ihre in der Verfassung verankerten Grundrechte zu verteidigen."

Arndt sagt auch, womit das geschehen soll. Nämlich: mit der Klage vor dem Arbeitsgericht.

Das ist die Ablenkung der Arbeitermassen vom Weg des Kampfes auf den „Rechtsweg", die die Arbeiter schon vom faschistischen Umsturz in Preußen her kennen und wie er ihnen immer wieder von der Bürokratie gewiesen wird, wenn die Arbeiter zur Kampfaufnahme entschlossen sind. Mit der illusionären Hoffnung auf die Entscheidung durch die Gerichte sollen so die Kampfmaßnahmen der Arbeiter verhindert, oder — wenn sie bereits ergriffen worden sind — abgedrosselt werden.

Und wo dieser Betrug nicht mehr zieht, da geht die sozialfaschistische Bürokratie zur direkten Niederknüppelung von Arbeiterkämpfen über. So setzte der sozialdemokratische Landrat Siering vom Kreise Osthavelland erst in diesen Tagen Polizei gegen die streikenden Landarbeiter vom Gute Eichstädt ein und deckte die von den Nazis dem polnisch-faschistischen Junker bereitgestellten Nazistreikbrecher. An diesem Beispiel, von dem es noch unzählig andere gibt, zeigt sich die Rolle der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Lakaien des Unternehmertums außerordentlich deutlich.

Am praktischen Tun und Treiben erkennen die Arbeiter, wer zu ihnen und wer gegen sie steht. Am Handeln der Kommunisten vermögen sie die stetige Uebereinstimmung zwischen leeren Worten und deren Tun zu erkennen.

Wenn die Kommunistische Partei darum in diesen Tagen in ihrem Aufruf zur Einheitsfrontaktion den Arbeitern zurief:

„Wir müssen jetzt allesamt zusammenstehen ohne Unterschied der Organisation um gemeinsam die neue Offensive des Kapitals abzuwehren."

so beweist sie auch in all den jetzt zur Entfaltung gekommenen Kämpfen der Arbeiter, daß sie zu jedem dieser Worte steht.

An diesen Tatsachen zerschellt die demagogische Hetze, wie sie am vergangenen Freitag von der Dresdner Volkszeitung geführt wurde. An diesem Tage bezeichnete die Dresdner Volkszeitung das Manifest der KPD zur Einheitsfrontaktion als einen „Aufruf zur Zersplitterung" und als „alte sattsam bekannte kommunistische Heuchelei und Verlogenheit."

Was sie vor allem so furchtbar in den Harnisch gebracht hat, das ist die Tatsache, daß die Kommunistische Partei nicht „einen wirklichen Burgfrieden zwischen den sozialistischen Richtungen" will.

Darauf also will die sozialfaschistische Führerschaft hinaus! Ohne daß wir dabei im einzelnen auf die Burgfriedensschalmeienklänge eingehen, sei nur an den eigenen Worten der Dresdner Volkszeitung gezeigt, zu wessen Nutzen sie unablässig vom Burgfrieden schwafelt. In ein und demselben Artikel heißt es nämlich, daß „die SPD und die Gewerkschaften sich gegen jene wilden Aktionen wenden, die von den Kommunisten angezettelt" würden.

Das ist wahrlich klar gesprochen. Denn das heißt nicht mehr und nicht weniger, jede praktische Einheitsfrontaktion, jede tatsächliche Kampfmaßnahme der Arbeiter als „wilde Aktion" zu erklären, und gegen sie zu Felde zu ziehen.

Damit entlarven sich die sozialfaschistischen Streikbruchpraktikanten selbst.

Die Arbeitermassen erkennen aber zur gleichen Zeit an den sich draußen immer machtvoller entwickelnden Kämpfen, was die Einheitsfront der Tat vermag.

Jetzt ist es notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen alle ihre Kräfte für diese Kampfbewegung einsetzen, damit sie weiter an Kraft gewinnt, vorwärts bringt, damit sie den Lohnabbaufeldzug der deutschen Bourgeoisie wirklich zum Scheitern bringt. Die guten, ja teilweise glänzenden Erfolge der letzten Tage dürfen nicht die Illusion erwecken, als ob jetzt nun ohne weiteres das Unternehmertum zurückweichen werde; nein, es wird versuchen, den Widerstand der Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu brechen. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse die höchste Energie entfaltet, um ihren Kampf zu steigern, und daß die Einheitsfrontaktion, die bereits solche Erfolge zeitigen konnte, in allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Orten zu der Kraft wird, welche die Bourgeoisie schlägt.

Regierungshunger der sächsischen Nazis

Die Nazifraktion des Sächsischen Landtages hat jetzt, nachdem bereits seit Monaten ein Auflösungsantrag der Kommunisten vorliegt, gleichfalls einen solchen gestellt und begründet das damit, daß in Sachsen die Nationalsozialisten zur Bildung eines „antimarxistischen Kabinetts" herangezogen werden müßten.

Die Sehnsucht nach Neuwahlen dürfte bei den Nazis nicht so groß sein, als die Fortsetzung eines nun schon jahrelang gehenden Versuchs, die übrigen bürgerlichen Parteien zur Regierungsumbildung zu bewegen und dabei einige Ministerposten für die Nazis zu ergaunern. Denn sachlich haben die Nazis am Schieckkabinett nichts auszusetzen, nur genügt ihnen der bisherige Umfang der faschistischen Durchsetzung des Staatsapparates noch nicht. Die revolutionäre Arbeiterschaft Sachsens wird in antifaschistischer Aktion dafür Sorge tragen, daß der Kampf gegen das arbeiterfeindliche Parlament mit aller Entschiedenheit weitergeführt wird, aber auch dafür, daß die Nazis als die Stützen der Schieckregierung nicht in ihre Ministersessel rutschen.

Herriot droht den deutschen Militaristen

Der französische Ministerpräsident Herriot hielt in Gannat eine Rede, in der er sich gegen das deutsche Aufrüstungsprogramm wandte und die Schaffung einer internationalen Polizeimacht propagierte. Offen drohte Herriot mit der Sperrung der deutschen Einfuhr nach Frankreich und mit anderen Maßnahmen, wenn die deutsche Regierung nicht den französischen Standpunkt vertreten sollte.

Im Sondergerichtsprozeß gegen die Berliner Jungarbeiter

Nazizeuge als Schütze erkannt

Sturm 33 durch drei Zeugen schwer belastet. Die Anklage gegen die Antifaschisten völlig zusammengebrochen. Nazitäter werden immer noch nicht verhaftet

Berlin, 25. Sept. (Eig. Drahtb.)

An den beiden Verhandlungstagen am Freitag und Sonnabend hat die Anklage des Staatsanwalts vor dem Berliner Sondergericht gegen die 9 Antifaschisten einen vernichtenden Stoß erhalten. Zeugen, die noch vor der Polizei Belastungszeugen waren, sind in der Verhandlung zu einwandfreien Entlastungszeugen für die Angeklagten geworden. Darüber hinaus haben sie Angehörige des Mordsturms 33 als Täter wieder erkannt, die aber trotz der sehr bestimmten Aussagen noch immer nicht verhaftet wurden. Nach dieser Zeugenvernehmung steht einwandfrei fest, daß die bei der Schießerei in der Königenstraße verletzten Nazis die Opfer ihrer eigenen Leute geworden sind.

Die Verhandlung erbrachte den untrüglichen Beweis, daß die Banditen vom Sturm 33, die bereits drei Arbeiterleben auf dem Gewissen haben, jetzt durch organisierten Massenmeineid unschuldige Jungarbeiter auf das Schafott zu bringen versuchen. Entscheidende Aussagen machte die Familie Engelhardt, die in der Königenstraße dem Nazilokal gegenüber wohnt.

Der 71 Jahre alte Engelhardt erklärte mit Bestimmtheit, daß Nationalsozialisten, die vor ihrem Lokal standen, geschossen haben. Das hat er von seinem Balkon aus genau beobachten können. Er hat auch gehört, wie auf der Straße während der Schießerei der Ruf ertönte:

„Kinder ihr schießt ja die eigenen Leute tot!"

Ein Schuß ging in seine Wohnung, am Kopf seiner Ehefrau vorbei. Auf mehrfaches Befragen des Vorsitzenden erklärte der alte E., daß nur von Nazis geschossen wurde. Unter den Gruppen der Schießenden hat er den Nazi Dubilzek erkannt.

Sensationell sind die Aussagen E. über seine Vernehmungen bei der Polizei. Dort sei ihm der Angeklagte Stert gegenübergestellt worden, den er damals nicht als einen der Schützen bezeichnete. Bei seiner späteren Vernehmung wurden ihm mehrere Bilder vorgelegt. Einer der Beamten hat auf Stert gezeigt und gesagt: „Den wollen wir ja gerade als Schützen haben". E. hat dann, weil der Angeklagte E. eine täuschende Aehnlichkeit mit dem Schützen besitzt, S. irrtümlich als solchen bezeichnet. Darauf hat er den wirklichen Schützen wieder vor dem Nazilokal stehen sehen. Das habe ihm keine Ruhe gelassen und er sei mehrfach zum Polizeipräsidium gelaufen. Aber alle seine Versuche waren ergebnislos.

Die 60 Jahre alte Frau Engelhardt bestätigt die Aussagen ihres Mannes. Frau E. bezeichnet weiter einen jungen Mann mit Brille als Schützen. Der Vorsitzende forderte die Zeugin auf, sich umzudrehen und festzustellen, ob dieser Mann im Saale anwesend sei.

Der SA-Mann Dubilzek nahm in diesem Augenblick seine Brille ab. Nachdem er sie auf Aufforderung des Vorsitzenden wieder aufgesetzt hat, bezeichnet ihn Frau E. als einen der Nazis, die aus dem Lokal stürmten und das Schießen begannen. Nochmals vom Vorsitzenden befragt, sagte Frau Engelhardt: „Ja, ihr habt geschossen!"

Dubilzek wird aber noch immer nicht verhaftet.

Der Sohn des Ehepaares Engelhardt ergänzt diese Aussagen und gibt ein klares Bild über die Vorfälle. Seine Bekundungen decken sich restlos mit den Aussagen der angeklagten Jungarbeiter. Dieser Zeuge bezeichnet einen weiteren SA-Mann mit Namen als Schützen.

Dann wird noch einmal der Nazizeuge Malkowski vernommen. Am ersten Tage seiner Vernehmung hat er den 17jährigen Angeklagten Heine als den Schützen bezeichnet, den er gleich nach der Schießerei durch einen Polizeibeamten verhaften ließ. Jetzt stellt sich heraus, daß dies nicht Heine, sondern ein junger Mann namens Rosenau gewesen ist, der dies auch heute als Zeuge bestätigt.

In der Sonnabendverhandlung stellte der Rote-Hilfe-Anwalt Dr. Litten den Antrag zur völligen Klarstellung der Verhältnisse alle Mitglieder des Sturms 33 als Zeugen zu laden. Das Gericht wird aber erst in der Montagsverhandlung seinen Beschluß über den Antrag bekanntgeben.

Am Freitagabend kam es erneut zu großen Arbeiterdemonstrationen gegen die Sondergerichte in Schöneberg und im Südwesten. Während die Demonstration in Schöneberg vor dem Erscheinen der Polizei aufgelöst wurde, ging im Südwesten die Polizei mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor.

SOS-Rufe der Papenregierung

wegen der ansteigenden Streikbewegung

Berlin, den 26. September 1932.

Der Reichsarbeitsminister Schaeffer gab in Form eines Interviews dem WTB-Vertreter am Sonnabend eine längere Erklärung zu den gegenwärtigen Lohnkämpfen ab.

Er stellte zunächst fest, daß bei den Kämpfen die „kommunistisch gesinnten Arbeiter" die Führung haben. Er fordert von den Gewerkschaftsführern, daß sie gegen die kämpfenden Arbeiter offen auftreten sollen. Wenn die Unternehmer unter Berufung auf die Möglichkeit der Papen-Notverordnung niedrigere Löhne zahlen als in den von ihnen selbst unterschriebenen Tarifverträgen festgelegt ist, so ist das nach Schaeffer „eine volle Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen". Die Arbeiter aber, die sich gegen den vom Unternehmer diktierten Lohnabbau wehren, machen sich nach Schaeffer einer „Verletzung des tarifvertraglichen Friedens" schuldig. Diese Rechtsbelehrung fügte Schaeffer im Hinweis auf „Folgen" bei, wenn die Streikbewegung sich verstärke.

Ferner gab Schaeffer noch das Urteil ab, daß diejenigen Arbeiter, die gegen den Lohnabbau kämpfen, den Arbeitslosen das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollten. In Wirklichkeit wendet sich die kämpfende Arbeiterschaft keineswegs gegen das Recht der Erwerbslosen auf Arbeit. Die Arbeiterschaft fordert stürmisch, daß die Arbeitslosen wieder Beschäftigungsmöglichkeit zu menschenwürdigen Löhnen erhalten sollen. Die Kommunistische Partei hat, nicht zuletzt mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm den Weg dazu gezeigt. Sie fordert zu diesem Zweck die Millionärsteuer. Das Wirtschaftsprogramm der Papenregierung kann aber den Millionen Arbeitslosen nicht Arbeitsmöglichkeit und Brot geben. Der Lohnabbau hat unter Brüning nur die Arbeitslosigkeit vergrößert. Gemeinsam wenden sich Arbeitslose und Betriebstätige gegen jede weiteren Lohnkürzungen. Die Löhne sind schon während der zwei Jahre Brüningdiktatur auf ein unerträglich niedriges Niveau gesenkt worden. Eine weitere Lohnkürzung würde die nackte Existenz der Arbeiterfamilien in Frage stellen und die Arbeitslosen lehnen es ab, zu Löhnen zu arbeiten, mit denen sie nicht existieren können.

Gemeinsam kämpfen Arbeitslose und Betriebstätige gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, um höhere Löhne und höhere Unterstützungssätze.

Der Hinweis auf bestimmte „Folgen" der Arbeitskämpfe ist geeignet, die Streikbewegung einzudämmen. Wollen die Unternehmer etwa die ausgesogenen und schon längst das Notwendigste entbehrenden Arbeiter auf Schadenersatz verklagen? Die Tarifverträge sind völlig durchlöchert und die Arbeiter sind nicht in Stimmung, sich mit endlosen, juristischen Disputationen hinhalten zu lassen. Auch die Verschärfung polizeilicher Maßnahmen würde nur das Gegenteil dessen bewirken, was die Unternehmer erreichen wollen. Selbst Koalitions- und Streikverbote haben sich unter Bismarck und Wilhelm II. als völlig unwirksam erwiesen.

Ein weiterer Lohnabbau ist unerträglich, darin sind sich die Arbeiter und auch die Arbeitslosen einig. Niemand kann die Arbeiter zum Arbeiten zwingen, wenn sie nicht wollen, nichts kann die Arbeiter daran hindern, in jedem Betrieb diese Forderungen an die Unternehmer zu stellen und dafür in roter Einheitsfront zu kämpfen. An der Einheitsfrontaktion der Arbeiter werden sich die Unternehmer die Zähne ausbeißen.

Neue Streiks in ganz Deutschland

Gegen ein Lohnabbaudiktat von 12 bis 18 Prozent trat die Belegschaft der Firma Wagl u. Kassaur in Reichenbach (Sachsen) am 26. September in passive Resistenz.

Die Metallfirma Zentsch u. Meerz in Leipzig versuchte der Belegschaft einen Lohnabbau zu diktieren. Die Arbeiter beantworteten diese Maßnahme mit der sofortigen Organisierung des Kampfes und erreichten durch ihre Kampfbereitschaft die Zurücknahme des Lohnabbauanschlages.

Die Firma Stöhr hat in dieser Woche 300 Neueinstellungen vorgenommen. Ab Montag wird im Zusammenhang damit die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche herabgesetzt, natürlich nach dem Prinzip der Unternehmer, ohne Lohnausgleich. Die Belegschaft ist nicht gewillt, diesen Lohnabbau hinzunehmen.

Der Streik der Schuharbeiter in Weißenfels gegen den Lohnabbau hat sich am 23. September weiter ausgedehnt. Die Belegschaften der Betriebe Pretzsch, Wenzel und Praß haben sich am 22. September in die Streikfront eingereiht, so daß jetzt insgesamt etwa 700 Arbeiter im Kampf stehen.

Im Kabelwerk Reinshagen hat zwar die Direktion am 23. September im Betrieb angeschlagen, daß sie die Lohnabbauforderungen zurücknimmt, der Streik geht aber weiter. Am Freitag kam es vor dem Kabelwerk zu einer Auseinandersetzung der Arbeitslosen mit Streikbrechern. Ein Polizeibeamter in Zivil, der einen Arbeiter verhaften wollte, schoß auf die Streikenden, wobei ein Arbeiter durch einen Beinschuß schwer verletzt wurde. Der Kampf der Kabelwerkarbeiter wird von der ganzen werktätigen Bevölkerung des Ortes durch eine breite Solidaritätsaktion unterstützt. In der IAH-Küche werden täglich große Mengen Lebensmittel eingeliefert.

Ruhrkumpels rüsten!

Der Ruhrzechenverband, der einen 12prozentigen Lohnabbau gefordert hat, lehnte den jetzt gefällten Lohnschiedsspruch, der seinen Wünschen noch nicht restlos entsprach, ab. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich bezeichnenderweise für den Lohnraubschiedsspruch ausgesprochen. Am Dienstag sollen nunmehr Nachverhandlungen über den Schiedsspruch im Ruhrbergbau geführt werden, wobei die Unternehmer auf die volle Erfüllung ihrer Abbauforderungen drängen werden.

Mittlerweile haben die Ruhrkumpels auf einer von zahlreichen Schächten des Ruhrbergbaues beschickten Schachtdelegiertenkonferenz gelobt, auf den Schlichtungsschacher mit der Organisierung der einheitlichen Kampffront zu antworten!

In der Spinnstoff-Fabrik Berlin-Zehlendorf hat die 500 Mann starke Belegschaft in einer Urabstimmung mit ¾-Mehrheit den Streik gegen Lohnabbau beschlossen und die Arbeit niedergelegt.

Massenkundgebung in Köln

Drei Arbeiter durch Polizeikugeln getötet

Köln, 26. September. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabend und Sonntag fand in sämtlichen Sälen der Rheinlandhalle der erste Kampfkongreß der Einheitsfrontaktion zusammen mit einer roten Heerschau statt. Der Kampfkongreß der Einheitsfrontaktion zusammen mit der roten Heerschau wurde am Sonnabend wenige Stunden vor Beginn polizeilich verboten und erst unter dem Eindruck der Massen später wieder gestattet. In allen Teilen des Bezirks wurden jedoch Autos und Dampfer angehalten und an der Weiterreise behindert. Am Sonntag schoß die Polizei in Kalk auf Arbeiter. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist im Verlauf des Sonntags gestorben.

Der Kampfkongreß war von mehr als 500 Delegierten aller politischen Richtungen und gewerkschaftlichen Organisationen besucht. Der Kongreß stand ganz im Zeichen der Einheitsfront. Unter stürmischem Beifall sprachen die Genossen Westkein und Dettinghaus.

In der überfüllten Rheinlandhalle sprachen vor 20 000 Teilnehmern die Genossen Koenen, Schlaffer und Rinnicke